

2 **Beschlussempfehlung**

Der Diözesanrat begrüßt die Bereitschaft der Bundesregierung, 1553 geflüchtete Menschen mit besonderem Schutzstatus von den griechischen Inseln aufzunehmen. Gleichzeitig ermutigt er die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung weitere Schritte einzuleiten, um eine Aufnahme von Menschen, die derzeit in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln leben, aus dringenden humanitären Gründen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang spricht sich der Diözesanrat dafür aus, jenen Städten und Kommunen, die ihre Aufnahmebereitschaft signalisiert haben, ein rasches Handeln zu erlauben.

Der Diözesanrat fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sowie die deutschen Abgeordneten des EU-Parlaments dazu auf, Lähmungen und Spaltungen mit Blick auf eine gerechte Verteilung der Geflüchteten in den EU-Staaten zu überwinden. Er bekräftigt, dass humanitäre Standards und Errungenschaften in Europa, die wesentlich durch die christliche Tradition mitgeprägt wurden und die insbesondere das Leben und die Würde Geflüchteter betreffen, nicht dem politischen Tauziehen in der EU zum Opfer fallen dürfen. Den grundlegenden Werten der Nächstenliebe und der Solidarität verpflichtet, ruft er die Bundesregierung dazu auf, sich mit Nachdruck sowohl für konkrete deutsche Nothilfe als auch eine „europäische Lösung“ einzusetzen und dabei mit anderen EU-Staaten weiter impulsgebend voranzugehen.

Der Diözesanrat unterstützt die Kampagne „Kein Weihnachten in Moria!“, die sich für eine sofortige Aufnahme Geflüchteter aus den Lagern auf den griechischen Ägäis-Inseln einsetzt und wird Mitträger der Kampagne.

Begründung

Die verheerenden Brände, die das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos vollkommen zerstört haben, waren eine Katastrophe mit Ansage. Schutzsuchende Menschen leben in Moria seit Jahren unter menschenunwürdigen Bedingungen in einem völlig überfüllten Camp, ohne richtige Gesundheitsversorgung und ohne jegliche Perspektive. Die ersten Corona-Infektionen in Moria haben die Lage weiter verschlimmert. An Infektionsschutz war bereits zuvor in dem abgeriegelten Lager mit einer Wasserstelle für 1.300 Menschen nicht zu denken. Der Großteil der 13.000 Geflüchteten auf Lesbos hat derzeit immer noch keine Unterkunft. Darüber hinaus fürchten die Menschen eine Infektion mit dem Coronavirus.

170 Städte und Kommunen sowie einzelne Bundesländer haben ihre Aufnahmebereitschaft erklärt. Die Aufnahmekapazitäten sind da, denn seit 2015 wurden Kapazitäten geschaffen, die jetzt ungenutzt sind. Auch die Rechtslage ist eindeutig: Sowohl das Selbsteintrittsrecht nach Dublin-III-Verordnung Art. 17 als auch die humanitäre Aufnahme nach § 23, Abs. 1 und 2 Aufenthaltsgesetz bieten die Möglichkeit, innerhalb der EU freiwillig Geflüchtete aufzunehmen.

Moria ist seit Jahren Sinnbild einer verfehlten und gescheiterten EU-Migrations- und Asylpolitik. Papst Franziskus wies bereits 2016 auf die besondere Verantwortung der EU hin: „Europa ist die Heimat der Menschenrechte und wer auch immer seinen Fuß auf europäischen Boden setzt, müsste das spüren können“. Auch der Vorsitzende der EU-Bischöfskommission COMECE, Kardinal Jean-Claude Hollerich sagt: Wenn wir die schreckliche Lage der Migrantinnen und Migranten nicht ändern, „dann wird das Reden über die christlichen Wurzeln Europas zur Lüge.“ Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bietet sich die Chance, mit anderen EU-Staaten guten Willens impulsgebend voranzugehen, um eine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik, die den Namen verdient, umzusetzen.

Unabhängig von parteipolitischen Auseinandersetzungen ist eine Aufnahme der Menschen aus überfüllten Flüchtlingslagern jetzt dringend geboten. **Damit die Menschen kein weiteres Weihnachten in Moria erleben müssen, muss die Bundesregierung jetzt handeln!**